



Niederschrift

54. Plenarsitzung des Gemeinderates
19. September 2023, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

9.

Punkt 8 der Tagesordnung: Fuß- und Radentscheid Karlsruhe – Zulässigkeit und Bewertung des Bürgerbegehrens

Vorlage: 2023/0980

Punkt 8.1 der Tagesordnung: Fuß- und Radentscheid Karlsruhe – Zulässigkeit und Bewertung des Bürgerbegehrens

Änderungs-/Ergänzungsantrag: Stadträtin Fenrich (p)

Vorlage: 2023/0980/1

Punkt 8.2 der Tagesordnung: Fuß- und Radentscheid Karlsruhe – Zulässigkeit und Bewertung des Bürgerbegehrens

Ergänzungsantrag: SPD

Vorlage: 2023/0980/2

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stellt die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens „Fuß- und Radentscheid Karlsruhe“ fest.
2. Im Sinne des Bürgerbegehrens beschließt der Gemeinderat nach Vorberatung im Hauptausschuss die Verwaltung zu beauftragen, sogenannte modale Filter zu prüfen und darüber hinaus jährlich im Rahmen von Dialogveranstaltungen die Öffentlichkeit über den Fortschritt der Umsetzung von Maßnahmen zugunsten des Fuß- und Radverkehrs zu informieren.
3. Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung mit den Initiatoren des „Fuß- und Radentscheids“ in Gespräche über eine Verbesserung des Fuß- und Radverkehrs Stadtkreis Karlsruhe einzutreten und wird die Ergebnisse dieser Gespräche auch den zukünftigen Planungen nach Möglichkeit zugrunde legen.

Abstimmungsergebnis:

Ziffer 1: Mehrheitliche Zustimmung (41 JA-Stimmen, 1 NEIN-Stimme, 1 Enthaltung)

Ziffer 2 und 3: Vertagt in Novembersitzung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 8 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 12. September 2023.

Ich hoffe, dass die Stellungnahmen dann auch mal reinflattern. Wenn noch nicht, würde ich dann anschließend noch mal was dazu sagen. Jetzt steigen wir aber vielleicht erst mal in die Diskussion ein, und ich fasse am Ende aus der Sicht der Verwaltung vielleicht das eine oder andere zusammen. Das scheint mir jetzt im Moment die sinnvollere Reihenfolge zu sein.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Liebe Anwesende oben auf der Tribüne, es sind ja sicherlich auch einige da, die dieses Begehren mitunterzeichnet haben und gespannt sind, was heute dabei rauskommt. Über 17.000 Unterschriften, das ist schon ein Wort und das ist auch ganz formal ein Wort, das ist ausreichend, dass wir uns eben hier ganz fristgemäß mit dem Bürgerbegehren für eine Verbesserung des Fuß- und Radverkehrs in Karlsruhe befassen müssen. Weil wir diese Befassung nach Gemeinordnung eben heute vornehmen müssen, um zu bewerten, ob es formal zulässig ist oder nicht, haben wir uns vorhin auch gegen den Vertagungsantrag des gesamten Tagesordnungspunkts gestellt, weil wir sehr gerne wünschen, die inhaltliche und die formale Entscheidung auseinanderzuidividieren. Wir sehen es an der Stelle, aber das mag auch manchen zeitlichen Umständen geschuldet sein, als unglücklich an, dass es in der aktuellen Vorlage eben teilweise vermischt ist. Wir müssen an der Stelle die Zulässigkeit oder die Unzulässigkeit an der Stelle bescheiden, weil wir da aufgrund der Stellungnahmen des Zentralen Juristischen Dienstes eigentlich keine andere Alternative haben und wir es nicht sehen, dass dies eine politische Entscheidung ist, die wir zwischen Gemeinderat und Verwaltung ausfechten müssen, sondern, wenn, ist es eine juristische Entscheidung. Die müsste dann aber formal die Vertrauenspersonen des Begehrens mit der Verwaltung ausfechten bzw. ich weiß nicht, in welchen Verfahren am Ende ausfechten lassen. Das müssen wir an der Stelle so akzeptieren, und das müssen wir auch fristgemäß akzeptieren, daher die Entscheidung heute.

Was wir an der Stelle nicht akzeptieren müssen, ist, dass wir uns mit diesen Punkt 2 und 3 auseinandersetzen. Das sind die inhaltlichen Punkte, die die Verwaltung vorschlägt als Reaktion auf das Begehren, als Verbesserungsmaßnahmen für den Fuß- und Radverkehr. Da sind wir doch wirklich der Meinung, dass das sehr dürftig ist, denn es sind zwei kleine Punkte als Reaktion auf einen Riesenmaßnahmenkatalog, ein paar modale Filter und eine öffentliche Veranstaltung jedes Jahr. Ob das jetzt wirklich das ist, wofür es sich gelohnt hat, ein Dreivierteljahr Unterschriften zu sammeln, das wage ich doch noch mal sehr in Zweifel zu stellen. Ich glaube auch nicht, dass es angemessen ist, dann in dieser Kürze darauf zu reagieren. Daher wollen wir, dass eben diese beiden Punkte 2 und 3 vertagt werden, dass wir uns inhaltlich mit dem Thema in der nächsten Gemeinderatssitzung auseinandersetzen, und wir wünschen eben von der Verwaltung, dass da auch schon konkrete Vorschläge auf dem Tisch sitzen, die wir dann tatsächlich als Ersatzbeschluss hier auch zur Verfügung haben. Deswegen können wir auch den Änderungsanträgen in dem Sinne nicht zustimmen, weil die ja eigentlich sagen, okay, Punkt 2, ein paar modale Filter, das ist schon ausreichend, dann reden wir noch mal drüber. Das nimmt ein bisschen den Druck aus dem Thema. Das nimmt die Verantwortung daraus, und das wollen wir an der Stelle nicht. Deswegen heute nur die formale Entscheidung und die inhaltliche Diskussion, die muss noch folgen zwischen Verwaltung, Vertrauenspersonen und Gemeinderat.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich bin dankbar darüber, dass die GRÜNEN jetzt eindeutig sagen, ja, dieser Antrag ist unzulässig. Sie sagen es zwar nicht mit dem Brustton der Überzeugung, sondern, wir müssen es halt glauben, was der ZJD da oben sagt. Das ist doch aber keine verantwortliche Stellungnahme zu diesem Thema, das auch einem mitteldurchschnittlich intelligenten Menschen zuzuführen ist. Die Frage nämlich, ob über ein Bürgerbegehren ganz allgemeine Forderungen an den Gemeinderat herangetragen werden können und der dann gezwungen ist, ich will es mal jetzt wirklich vereinfacht darstellen, das umzusetzen, was man sich da vorstellt, also diese offene Fragestellung ist doch ganz deutlich in der Begründung angeführt, und das muss man doch mal nachvollziehen können.

Die Frage auch der Undurchführbarkeit eines völlig unkonkreten Begehrens, das ist doch jetzt keine Rechtswissenschaft im eigentlichen Sinne, und deshalb jetzt noch so zu tun, als ob wir Zweifel hätten, aber wir gehen entgegenkommenderweise der Verwaltung nach, das finde ich nicht ganz ehrlich. Also, Sie gehen ja im Ergebnis mit, deshalb will ich mich da auch gar nicht weiter mit befassen. Nur, Herr Oberbürgermeister, was ich überhaupt nicht verstehe, und deshalb sind die Anträge 2 und 3 aus Sicht der CDU-Fraktion nicht veranlasst, ich verstehe oder wir verstehen Ihren Kuschelkurs in keinsten Weise. Denn einen Kuschelkurs nenne ich das, wenn man versucht, die Bedeutung von 17.000 Stimmen natürlich in ein richtiges Licht zu rücken, das will ich schon sagen, das würde ich in allen anderen Fällen auch durchaus nachvollziehen, aber im vorliegenden Fall ist es doch so, dass wir als Stadt Karlsruhe, als Stadtplanungsamt, als Verkehrs- und Straßenabteilung, in allen Gremien überdurchschnittlich viel für den Fuß- und Radverkehr tun und uns überdurchschnittlich damit befassen, und ich will dazu sagen, der Hauptakteur dieses Entscheides, der Radverkehrsverein, der ADFC, der ist in allen Punkten voll und uneingeschränkt immer beteiligt und wird es auch künftig bleiben. Deshalb, ich sehe überhaupt keinen Nachholbedarf. Wenn Sie Veranstaltungen machen wollen, dann machen Sie das. Keine Frage, mehr ist immer besser als weniger, aber das jetzt zum Anlass zu nehmen und den Eindruck zu hinterlassen, als ob diese Stadtverwaltung, als ob dieser Gemeinderat bisher für diese Verkehrsarten zu wenig getan haben würde, das finde ich unangebracht.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Wir als SPD-Fraktion möchten uns zunächst bei den Initiatoren des Fuß- und Radentscheids bedanken für die Initiative, aber auch bei den 17.000 Bürgerinnen und Bürgern, die gezeichnet haben. Es verdeutlicht letztendlich, dass es hier weitere Handlungsbedarfe gibt, Handlungsbedarfe, die wir auch als SPD-Fraktion sehen. Unser Dank gilt aber auch letztendlich der Verwaltung, die sich das mit Sicherheit nicht leicht gemacht hat, das Votum dieser Entscheidung zu treffen. Von daher tragen wir Punkt 1 vollumfänglich mit. Es ist eine rein juristische Prüfung, eine formal-juristische Prüfung, und an den Fakten kann man letztendlich nicht vorbeischaun.

Was die Grünen beantragt haben, letztlich eine Vertagung, das streut aus unserer Sicht Sand in die Augen der Antragssteller, weil wir letztendlich nicht weiterkommen werden. Aus unserer Sicht kommen wir weiter, so wie wir es auch beantragt haben, wenn wir sozusagen die Entwicklung im Radverkehr, auch was den Fußgängerverkehr angeht, entsprechend monitoren und von daher eben auch unser Antrag, dass bis Ende des Jahres eine entsprechende Vorlage vonseiten der Verwaltung erstellt wird. Karlsruhe macht viel im Bereich des Fuß- und Radverkehrs. Nicht umsonst hat Karlsruhe die Stellung bundesweit, die Karlsruhe hat, aber es verdeutlicht auch, dass es einen Mehrbedarf gibt. Diesem Mehrbedarf gerecht zu werden, das haben wir auch jetzt im Austausch mit den Initiatoren des Fuß- und Radentscheids rausgehört, dass es hier um Tempo und Geschwindigkeit geht,

und hier noch mal eine Schippe draufzulegen, schadet mit Sicherheit nicht. Die Akteure sind in den entsprechenden Gremien vertreten. Es geht mit Sicherheit nicht darum, dass noch ein weiterer Player am Tisch sitzt, sondern insgesamt geht es darum, noch mal das Thema in den Fokus zu nehmen. Von daher auch unser Änderungsantrag, wie schon gesagt, dass bis zum Ende des Jahres entsprechende Ergebnisse, eine entsprechende Strategie vorgestellt wird.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich möchte auch noch mal ganz klar darlegen, es geht heute nur um eine juristische Entscheidung. Es geht nicht um den politischen Willen, der hinter der Unterschriftensammlung steht. Das muss einfach klar sein. Das ist der Fakt, und deswegen müssen wir heute auch der Verwaltung folgen und diesen Bürgerentscheid ablehnen.

Ich war Ende der 80er Jahre Mitinitiator eines Bürgerentscheids und dann sogar eines Bürgerbegehrens, das keine Mehrheit gefunden hat. Es ging um den Kronenplatz damals. Da standen ungefähr 40, 50 Bäume auf dem Platz, und die Bäume sollten wegkommen und der sollte bebaut werden. Da haben aber die Initiatoren eine ganz klare abstimmungsfähige Frage den Bürgern gestellt, die man mit Ja oder mit Nein abstimmen konnte. Deswegen kam es damals auch zum Bürgerentscheid, der leider dann anhand des Quorums, nicht anhand der Stimmen, die damals für den Bürgerentscheid gaben, scheiterte. Das war das Ausschlaggebende, und ich denke, das hätte vielleicht von den Initiatoren auch noch bedacht werden müssen. Jetzt in dem Fall, dass man ganz konkret Fragen den Bürger*innen bei der Unterschriftensammlung vorlegt und sagt, diese Frage haben wir, die soll entschieden werden mit Ja oder Nein. Ich denke, das kann natürlich in Zukunft immer noch passieren. Ich stelle mir schon vor, wenn man so eine Frage den Bürgerinnen und Bürgern noch mal vorlegen würde, dass dann auch wieder genügend Unterschriften zur Verfügung gestellt werden, vielleicht nach dem Motto, so, jetzt erst recht, aber dann ist von vornherein klar, das ist juristisch einwandfrei, und darüber kann ein Bürgerbegehren und letztendlich ein Bürgerentscheid abgestimmt werden. Also von daher, wir sind nicht gegen das Politische, was dahintersteht.

Meine Fraktion hat vor einem Jahr einen Antrag gestellt für den Radverkehr, nämlich den Grünen Pfeil, der jetzt überall in der Stadt umgesetzt wird. Also ich bin erstaunt und auch begeistert, wie stark dieser Grüne Pfeil umgesetzt wurde von der Verwaltung jetzt. Also von daher sehe ich schon, dass man auch aus den Reihen des Gemeinderats, auch als kleine Fraktion mit einem ordentlichen Antrag auch eine gute Sache auf den Weg bringen kann.

Stadtrat Høyem (FDP): Lassen Sie mich vier Bemerkungen hier sagen. Die erste ist, dass selbstverständlich der Juristische Dienst Recht hat, und wir haben keine andere Möglichkeit, als unserem Juristischen Dienst zuzustimmen, und das bedeutet, es ist hier nicht zulässig.

Die zweite Bemerkung, Herr Cramer hat Erfahrungen von den 80er Jahren geteilt. Ich bin jetzt aktiv in der Politik mehr als 50 Jahre, und ich wollte gerne eine Erfahrung teilen. Ich war Politiker in vielen verschiedenen Ländern, in vielen verschiedenen Situationen, in vielen Jahren, und es ist klar beeindruckend mit 17.000 Unterschriften. Klar, aber wenn man ein Thema vom Kontext losreißt, dann kann man viele Unterschriften einsammeln. Es ist tragisch, dass in Europa und auch in Deutschland die Engagierten in die politischen

Parteien zurückgehen. Qualifizierte Kandidaten für politische Parteien sind sehr schwierig zu finden, aber es ist, ich sage nicht einfach, denn ich will nicht negativ sein, aber wenn man nur Stellungnahmen zu einem Thema - Fridays for Future ist ein gutes Beispiel jetzt, Kernkraft ist ein gutes Beispiel - wenn man nur ein einzelnes Thema nimmt, dann kann man klar Unterschriften dafür bekommen. Wir, die hier sitzen, wir haben eine ganz andere Aufgabe. Wir müssen den Kontext sehen, nicht nur Haushalt und so, sondern wir müssen den ganzen Kontext sehen und deshalb, ja, 17.000 Unterschriften sind beeindruckend, aber man kann für ein Thema, meiner Meinung nach, nicht echte Politik machen. Das ist Parteipolitik, das ist harte Arbeit, und das ist Kontext und Zusammenhang. Deshalb sollte man das nicht überbewerten, dass man Unterschriften für ein Thema bekommt. Drittens, man sagt hier Fuß- und Radverkehr, entschuldigen Sie, es ist altmodisch zu denken, dass der Konflikt zwischen Autos und Rad- und Fußverkehr ist. Das ist es nicht, das ist altmodisch. Was jetzt der Konflikt ist, ist zwischen Radverkehr und Fußverkehr. Das ist der richtige Konflikt, der richtige zukünftige Konflikt, und man kann unmöglich von sowohl Fuß- als auch Radverkehr gleichzeitig sprechen, denn das ist der zukünftige Konflikt.

Dann die vierte und letzte Bemerkung, also ich sage das so höflich wie ich kann, aber keine Lobby in Karlsruhe hat größeren Einfluss als gerade der Radverkehr. Da gibt es ganz einfach keinen größeren Lobbyismus, sowohl hier in diesem Saal, wo wir die größte Fraktion haben, die nur über diesen denken und sprechen, in jeder einzelnen Sitzung, die wir hier haben, hier geht es nur über Radverkehr, Radverkehr, Radverkehr. Also der größte Lobbyismus und, Entschuldigung BNN, das ist eine lustige Zeitung, die wir hier haben, aber die BNN und die Medienwelt ist in der gleichen Spur. Da gibt es ganz einfach in Karlsruhe keinen größeren Lobbyismus als die Radfahrer. Es ist jetzt Zeit, ein bisschen über das Konzept zu sprechen, was wir hier als Politiker müssen, und über die Fußgänger.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Liebe Aktive, die da mit unfassbarem Engagement und Arbeit so viele Unterschriften zusammengebracht haben, und ich finde es einen sehr großen Akt der Arroganz, sich jetzt hier hinzustellen und besser zu wissen, was Politik ist und was legitime Politik ist und was Vorhaben sind, in die man sich einbringen kann und ob man alles machen muss oder ob man sich auch auf Themen konzentrieren kann. Das finde ich einfach an dieser Stelle nicht angebracht, angesichts der Arbeit, die diese Aktiven sich an dieser Stelle gemacht haben, und es ist absolut legitim, als Bürger*innenschaft Forderungen zu stellen und eben auch besonders im Bereich Fahrrad- und Fußverkehr. Wir sehen die Unzufriedenheit, die kommt ja immer wieder in den ganzen Radverkehrsbefragungen, und jetzt haben eben Menschen aus unserer Stadtgesellschaft gesagt, wir tun nicht nur da abstimmen, sondern wir gehen jetzt hier hin und werden selbst aktiv. Wir setzen das Thema selber auf die Tagesordnung, und wir bringen auch selber Forderungen ein, die hier noch gar nicht zur Aussprache gekommen sind.

Worum geht es eigentlich inhaltlich? Es geht darum, dieses 20-Punkte-Programm, oder jetzt sind es 25 Punkte, die wir in Karlsruhe haben für die Förderung des Fuß- und Radverkehrs, dass die eben auch umgesetzt werden, denn wir haben das große Problem, das haben wir bei allen Konzepten, wunderbare Konzepte, aber was wird danach damit. Diese Umsetzungsperspektive, die fehlt einfach ganz oft, und das ist eben genau das, was dieser Fuß- und Radverkehrsentscheid hier gefordert hat. Das andere ist, es gibt auch ganz konkrete Forderungen zu Standards, und das ist alles auch natürlich passiert im besten Wissen und Gewissen und auch in bester juristischer Abwägung darin, was auch

anderweitig bei Rad- und Fußentscheiden passiert ist, und das jetzt hier alles besser zu wissen, finde ich einfach ein bisschen schwierig grundsätzlich.

Jetzt der Umgang der Stadtverwaltung damit, also da irgendwie modale Filter als einziges Angebot so wirklich zu machen, die schon hundert Mal geprüft wurden, die jetzt wieder zu prüfen, wo ich das Ergebnis auch schon kenne, ist also kein Entgegenkommen und auch kein Kuschelkurs, weil das ist ja auch keine große Sache, dann die gleiche Vorlage geht nicht, wieder auszudrucken. Also das ist kein Entgegenkommen, und ich kann auch diesen Teil der Vorlage heute hier nicht abstimmen. Ich finde auch den ersten Punkt heute nicht abstimmungswürdig, weil ich glaube, dass die Aktiven auch einfach noch Zeit brauchen, um da einen weiteren Umgang mit zu finden. Das habe ich ja eingangs auch artikuliert. Da 17.000 Unterschriften, dieses ganze Engagement mit so was Lapidarem abzuföhstückchen und auch dieses inhaltliche Darauf-Eingehen liest sich an vielen Stellen sehr, sehr stark auch politisch, dann heißt es wieder „nicht sinnvoll“, Zitat, oder da geht es um Zielkonflikte oder Nutzungskonflikte. Das sind ganz klar Sachen, das sind Abwägungsfragen, und da kann man natürlich solche oder solche Einstellungen haben, aber das kann man dann ja ausdiskutieren, und da sich jetzt hinzustellen und das in dem Fall jetzt als juristisch schwierig abzulehnen, finde ich dann an der Stelle auch nicht richtig.

(Beifall auf der Empore)

Der Vorsitzende: Ganz kurz noch, ich würde Sie einfach nur auf die Hausordnung aufmerksam machen. Die hier unten dürfen toben und schreien und klatschen und alles Mögliche, aber Sie sind leider zum Zuschauen und Zuhören verdammt. Das sieht unsere Hausordnung so vor, und ich würde Sie einfach bitten, da oben sich daran zu halten.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Werte Aktive, die bei diesem Bürgerentscheid mitgemacht haben, wir stehen natürlich heute erst mal vor dem formal-juristischen Problem, und wie bereits die Vorredner sagten, müssen wir anerkennen, dass der ZJD die Vorlage als Bürgerentscheid nicht anerkennt.

Ich als Gründungsmitglied des Aktionskreises für mehr Demokratie und Karlsruhe habe in der Vergangenheit einige Bürgerentscheide, nicht nur hier, sondern auch anderweitig, getragen. Als ich dieses Formular das erste Mal gesehen habe, als ich angesprochen wurde von den Aktiven, war mir ziemlich klar, dass eine solche umfassende Blockformulierung nie rechtlich durchgeht. Das war meine formale Einstellung. Vieles, was dort gewünscht wird, das haben wir ja auch gehört, macht Sinn, und die Verwaltung und der OB versuchen ja eine Brücke zu schlagen mit den Punkten 2 und 3, dass das hineinfließt, was kam. Jetzt kann man natürlich immer auf zwei Seiten eines Ufers stehen. Den einen ist Radverkehr zu viel, den anderen ist es zu wenig, und den Bürgern, die meisten Verkehrsteilnehmer sind nämlich zu Fuß, und das hat man ja beim Tagesordnungspunkt gesehen, als es um die Erbprinzenstraße ging, fühlen sich auch von Radfahrern bedrängt und bedroht.

Ich hatte mir erlaubt, heute vor der Sitzung einfach mal vor dem Marktplatz zu stehen und auf der Trasse, wo eigentlich reine Fußgängerzone ist, ist es immer noch so, wie man es hört, sie wird leider von den einen oder anderen, es waren genau 17, als Durchfahrtsstraße benutzt. Jetzt möchte ich zum Kern kommen. Auch wenn dieser Bürgerentscheid vielleicht durchkommt, heißt es ja nicht, dass die Mehrheit oder das Quorum es letztendlich abstimmt. Ich habe aus beruflichen Gründen den Bürgerentscheid Klimaneutralität Berlin

2030 verfolgt, und das Ergebnis war bekannt. Nicht alle Bürger der großen Stadt sind dem gefolgt. Grundsätzlich für alles, und deshalb auch unsere Zustimmung zu der Vorlage der Verwaltung 2 und 3, die Brücken zu schlagen und das Nötige zu tun und auch einige Vorredner sagten es ganz klar, wir machen viel. Ich bin auch der Überzeugung, wir könnten ein bisschen mehr machen, aber mir hat die lange Zeit hier im Gemeinderat gezeigt, steter Tropfen höhlt den Stein, und die Verwaltung, so sagt es Lüppo Cramer, wird das eine oder andere Gute aufgreifen und auch verwirklichen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Auch wir als AfD-Fraktion finden es schade, dass wir heute das Bürgerbegehren ablehnen müssen, weil wir hätten gerne das Ergebnis der Abstimmung gesehen. Dann wäre das Ganze nämlich abgelehnt worden, da sind wir felsenfest davon überzeugt. Deswegen kann ich mich auch den Beiträgen von Herrn Pfannkuch, von Herrn Høyem und von Herrn Wenzel anschließen, und ich werde jetzt versuchen, nicht das zu wiederholen, was die schon richtigerweise gesagt haben.

Was in der Debatte klar geworden ist, insbesondere beim Redebeitrag von Frau Göttel, aber auch bei dem der GRÜNEN und der KAL, die wahre Motivation für diesen Aktionismus ist, der Wahlkampf steht vor der Tür. Man hat ja gerade bei Frau Göttel gemerkt, dass das eigentlich eher eine Wahlkampfreden war als ein Beitrag hier im Gemeinderat. Eigentlich muss man dabei ja festhalten, dass die GRÜNEN ja ein Stück weit gescheitert sind, wenn dieses Begehren jetzt nach vier Jahren links-rot-grüner Gemeinderatsmehrheit kommt, wo sie doch alles getan haben, um den Radverkehr zulasten des Autoverkehrs immer weiter auszubauen. Wie kann es sein, dass jetzt nach vier Jahren, wo so viel passiert ist, die Fahrradfahrer immer noch nicht zufrieden sind? Da haben sie schon was falsch gemacht, die GRÜNEN, das muss man leider so festhalten. Offensichtlich ist jetzt auch, dass es nicht ausreicht, wenn Fahrstreifen dichtgemacht werden, damit dort Fahrradwege entstehen, wie beispielsweise in der Kaiserallee und der Rheinstraße. Es reicht nicht, dass die Hildapromenade, die direkt parallel nördlich verläuft, verkehrsberuhigt ist. Es reicht auch nicht, dass die Sophienstraße als Straße, die direkt südlich parallel verläuft, eine Fahrradstraße ist, nein. Auch die Kriegsstraße, die südlich davon verläuft, die nächste Parallelstraße, muss prioritär für die Fahrradfahrer zur Verfügung stehen. Das ist Ihre Politik der letzten vier Jahre gewesen, und Sie sehen, die Fahrradfahrer sind immer noch nicht zufrieden. Da muss man sich schon fragen, kann man die überhaupt zufriedenstellen?

Wir lehnen es ab, dass der Herr Oberbürgermeister Zugeständnisse macht, ohne dass es eine Abstimmung gegeben hat, und wir geben zu bedenken, was bedeutet das für die Zukunft. Müssen wir jetzt andere Gruppierungen ansprechen, um irgendwelche Bürgerentscheide hier ins Rathaus zu bringen, damit auch diesen Gruppierungen dann Zugeständnisse gemacht werden? Da kann man sich schon vorstellen, die Autofahrer mal zu mobilisieren, denn die sind ganz schön gefrustet. Das haben Sie selber im Hauptausschuss gesagt, Herr Oberbürgermeister, es gibt Leute, die sind auf das Auto angewiesen, und die haben das Gefühl, dass sie zu den Verlierern gehören, der Politik der letzten vier Jahre in dieser Stadt.

Stadträtin Fenrich (pl.): Im Prinzip ist so eine Sache, dass man hier mehr Sicherheit im Straßenverkehr auch für die Fahrradfahrer und für die Fußgänger haben möchte, natürlich gut, aber jetzt machen wir uns ehrlich, machen wir uns wirklich ehrlich und überlegen mal, was für die Fußgänger getan worden ist. Ich will vorausschicken, für die Fahrradfahrer ist in der Vergangenheit sehr, sehr viel vonseiten der Stadt getan worden, aber was eigentlich

für die Fußgänger? Ich würde mir von den Initiatoren und vom ADFC doch wirklich jetzt mal wünschen, weil es überall auch bekannt ist jetzt in der Stadt, was sich zuträgt in der Innenstadt, mit dem Fahrradverkehr, ich würde mir doch von Ihnen wirklich mal wünschen, dass Sie auch die Fahrradfahrer, also Ihre Interessenten, dass Sie die einfach mal entsprechend informieren und sagen, wie muss ich denn eigentlich fahren, was ist in dieser Stadt erlaubt und was nicht. Lassen Sie mich das bitte so deutlich sagen. Ich schließe mich da dem Kollegen Høyem an, der das ein bisschen moderater formuliert hat, aber ich sehe da wirklich ein großes, großes Feld, was hier gemacht werden müsste, was bearbeitet werden müsste, auch von der Fahrrad-Lobby.

So, das ist das eine, jetzt komme ich zu dem, was Sie hier begehren. Es ist jetzt hinreichend ausgeführt worden, was die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens anbelangt hinsichtlich des Gutachtens, was der Zentrale Juristische Dienst verfasst hat. Ich habe da keine Zweifel dran, dass das so seine Richtigkeit hat. Wenn Zweifel bestehen vonseiten der Interessenverbände der Fahrradfahrer, dann müssten sie eben den Rechtsweg beschreiten respektive natürlich wohl auch die Rechtsaufsichtsbehörde der Stadt Karlsruhe bemühen.

So und jetzt komme ich zu dem, was Sie begehren und was auch meinen Änderungsantrag anbelangt. Sie möchten, dass die Öffentlichkeit über den Fortschritt der Umsetzung entsprechend informiert wird. Ja, das kann man machen, das ist richtig, bin ich auch dafür, aber da möchte ich doch wirklich die Gewissheit haben, dass wirklich nur das als Fortschritt der Umsetzung genannt wird, was auch vom Gemeinderat beschlossen worden ist. Also weil hier zum Beispiel genannt wurden die modalen Filter. Die modalen Filter können natürlich nicht umgesetzt werden, wenn der Gemeinderat da nicht zustimmt vorher. Das Wesentliche eigentlich, weil jetzt meine Redezeit fast schon zu Ende ist, ist bei dem Punkt 3. Ich finde auch, und das hat der Kollege Dr. Schmidt auch gesagt, es gibt nicht nur eine Gruppe hier, die Radfahrer in Karlsruhe. Es sind auch noch andere Verkehrsteilnehmer vorhanden, nämlich die Autofahrer, und ich denke, die Autofahrer haben viel Verständnis für das, was die Fahrradfahrer bewegt, aber sie möchten mitgenommen werden, sie möchten gefragt werden, und im Zuge eines demokratischen Miteinanders in der Stadt, und wie Sie auch mal sagten, Herr Oberbürgermeister, um Vertrauen zu gewinnen, zurückzugewinnen, sollten auch die Autofahrer respektive deren Interessenverbände auch mit in diese Gespräche miteinbezogen werden. Das kann allen nur nützen. Wenn man es nicht tun würde, denke ich, würde das eher schaden.

Der Vorsitzende: So, vielen Dank, es ist einiges gesagt worden. Ich will das mal aus Sicht der Verwaltung noch mal absichten. Ich will keine Rügen erteilen, aber Herr Stadtrat Pfannkuch, Sie haben den Eindruck erweckt, als wenn jeder, der dieser juristischen Bewertung nicht folgen kann, minderer Intelligenz ist. Ich glaube, Sie haben es nicht so gemeint, aber wenn es so sein sollte, wäre es zumindest eine kleine rügende Bemerkung wert, zumal es ja um eine juristische Stellungnahme geht, und da wissen wir ja, dass das immer doch mitunter unterschiedlich ausfallen kann.

Zweiter Punkt, mir ist noch mal ganz wichtig, dass es für mich völlig nachvollziehbar ist, dass Sie an dieser Stelle in einer etwas klemmigen Lage liegen, weil so sehr wir uns auch bemühen, das Rechtliche und das Inhaltliche zu trennen, so sehr ist es ja eigentlich Ihre Aufgabe als Gemeinderat, sich um das Inhaltliche zu kümmern. Sie sollen jetzt einer juristischen Stellungnahme folgen und im Grunde rechtlich bewerten unter Ausklammerung der Inhalte. Wir merken, wie schwierig das für alle Beteiligten ist, aber ich denke,

der Gesetzgeber hat es so gemacht, weil er verhindern wollte, dass gegebenenfalls, ich sage mal, durch eine sehr einseitige Betrachtung in einer Verwaltung am Ende man vielleicht den Eindruck bekommt, es könnte sich am Ende um eine politisch gesteuerte juristische Stellungnahme handeln. Das wurde uns ja auch ein Stück weit öffentlich unterstellt. Insofern bin ich sehr dankbar, dass hier doch die große Mehrheit im Haus dieser rechtlichen Bewertung folgt. Bei dieser rechtliche Bewertung - ich will es mal in ein bisschen lapidaren Worten ausdrücken, weil darüber ja noch überhaupt nicht berichtet wurde, auch öffentlich, zumindest habe ich es nicht so wahrgenommen - geht es ja immer um drei Dinge. Das Ende der Diskussion kann ja sein, dass wir einen wirklichen Bürgerentscheid durchführen und dann, denke ich, hat der Bürger Anspruch darauf, dass es eine konkrete Formulierung ist, mit der er sicher sein kann, dass er weiß, worüber er abstimmt, und dass er über etwas abstimmt, was am Ende überhaupt in der vorgeschlagenen Zeit mit dem vorgeschlagenen Budget umsetzbar ist. Deswegen haben wir zu prüfen, ist es genau genug, und gleichzeitig, ist es überhaupt umsetzbar. Die wesentlichen Argumente sind zum einen, um dem Bürger zu vermitteln, was er damit genau beschließt, dazu ist es zu ungenau. Auf der anderen Stelle ist es wieder so genau, dass wir wissen, dass sich da Summen addieren und auch entsprechende Kapazitäten gebraucht werden, wie wir sie im Moment nicht darstellen können.

Ich verstehe, dass die Menschen, die einen solchen Entscheid vorbereiten, hier in einer echten Klemme sind. Denn wenn Sie es nur ganz konkret, was weiß ich, an einer Straßenkreuzung festmachen, wie wollen Sie denn dann am Ende einen Bürgerentscheid in der ganzen Stadt gewinnen? Umgekehrt führt aber auch eine Betrachtung in der Gesamtstadt und ein konzeptioneller Ansatz immer dazu, dass es am Ende vielleicht in einer vorgesehenen Weise gar nicht umsetzbar ist. Das ist das Dilemma, in dem, sagen wir mal, stecken Sie jetzt fest, und auch die Stellungnahme, die eingegangen ist, versucht ja an allen diesen Bereichen noch etwas zu verbessern, aber unserer ZJD kommt zu dem Ergebnis, dass sich damit eigentlich die Situation nicht verbessert hat von der Stellungnahme her. Deswegen kann ich auch jetzt nach Vorliegen der Stellungnahme, ohne dass ich das jetzt im Einzelnen auseinanderklamüsern will, als Beispiele sagen „es muss nicht alles so schnell gemacht werden“ oder „wir können doch auch etwas beschließen und am Ende reicht es, Markierungen aufzutragen“, das ist weder dann das Konkrete, auch wenn es natürlich versucht, dieses Problem der mangelnden Umsetzbarkeit in den Griff zu kriegen. Also alles, was Sie an den einen Argumenten tun, ist dann eventuell an den anderen Argumenten wieder schwierig. Deswegen kommen wir zu diesem sehr klaren Ergebnis.

Was macht man üblicherweise, der Herr Stadtrat Löffler hat es gesagt, und so ist es in anderen Städten auch gemacht worden, man stellt die Unzulässigkeit fest und schafft gleichzeitig einen Weg, sich mit den Inhalten konstruktiv auseinanderzusetzen. Ich möchte es ausdrücklich von uns weisen, dass wir die weitere Auseinandersetzung nur auf die modalen Filter begrenzen wollten, sondern unser Vorschlag an Sie ist völlig anders zu verstehen. Wir haben das reingeschrieben, was ohne, dass ich es mit Ihnen noch mal diskutieren muss, in unserer eigenen Macht steht, weil es auch den entsprechenden bisherigen Beschlusslagen entspricht. Das sind die modalen Filter und das sind, dass wir mehr Dialogveranstaltungen anbieten. Das können wir ja tun, ohne Sie zu fragen. Zu allem anderen, und das ist unsere Ziffer 3, müssen wir noch mal abstimmen, was denn überhaupt aus unserer Sicht fachlich sinnvoll ist, und dann müssen wir es dem Gemeinderat auch noch mal zur Entscheidung vorlegen.

Wir müssen auch noch die anderen Verbände, die sich um diese Themen kümmern, beteiligen, weil es kann jetzt auch nicht sein, dass wir nur noch mit den Initiatoren des Rad- und Fußentscheids reden. Da gibt es ja auch noch andere Gruppen, die auch Mitglied bei uns sind, im Arbeitskreis aktive Mobilität, die im RadForum Mitglied sind. Wir haben ja solche Gremien schon, und wir müssen vorbereiten, dass sie auch in alle diese Gremien aufgenommen werden, weil ich das ein Stück weit auch für selbstverständlich halte. Das alles war bis zur Beschlusslage heute nicht möglich. Deswegen bildet das, was wir Ihnen heute vorgeschlagen haben, einmal das Minimal-Angebot, was uns im Moment als Verwaltung möglich ist, aber auch das Versprechen, sich über die ganzen anderen Dinge noch mal zu unterhalten und da noch mal in den Gemeinderat zu gehen.

Jetzt habe ich wahrgenommen, dass das, und Herr Stadtrat Löffler, Sie haben es ja da ein Stück weit auch so dargestellt, offensichtlich völlig anders ankommt. Deswegen müssen wir jetzt über die Unzulässigkeit diskutieren - nicht diskutieren, sondern entscheiden, und wir müssen uns anschließend dann über das weitere Verfahren noch mal Gedanken machen, und sollte es eine Mehrheit geben, hier für die Unzulässigkeit, würde ich dem Hause in der Tat empfehlen, und ich kann das auch tun, weil ich heute mit Herrn Reichert noch mal telefoniert hatte, auch im Namen der Initiatoren, dass wir dann die Ziffer 2 und 3 vertagen und dass ich dann folgende Dinge Ihnen, allerdings nach meiner Einschätzung erst im November hier vorschlagen kann. Wir müssen Ihnen vorlegen, welche Inhalte aus fachlicher Sicht von der Stadtverwaltung als umsetzbar und als inhaltlich richtig geteilt werden. Wir müssen die Stellungnahmen der anderen abfordern, und wir müssen Ihnen einen Prozess darstellen, wie Sie zukünftig bei den entsprechenden Erarbeitungen zivilgesellschaftlich einbezogen sind. Das sind für mich die drei wesentlichen Kriterien.

Das als Position hier an dieser Stelle. Frau Göttel, ich wäre wirklich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diese Aufteilung in rechtliche Zulässigkeit und dann aber im ernsthaften Bemühen aller Beteiligten auch ein Stück weit vielleicht zumindest wahrnehmen könnten. Ich glaube, wir haben in der Stadtverwaltung viel gemacht mit unserem 20-Punkte-Programm. Das hat uns von einem Radanteil von irgendwie um die 10 auf jetzt mittlerweile über 30 gebracht. Wir haben auch noch nie so viel so schnell umgesetzt wie in den letzten Jahren, was wirklich einen erheblichen Eingriff teilweise auch in die Parkplatzzahlen und andere Dinge betraf. Insofern tut mir der Vorwurf immer weh. Dass es allen immer noch schneller gehen könnte, das ist ja eine Wahrnehmung, die jeder hat bei seinen Herzens-themen. Da kann es immer schneller gehen, aber wir müssen schon auch gucken, wie wir alle zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich da auskennen, und auch die verschiedenen Gruppen, die jetzt nicht dieses Ziel verfolgen, in einen Prozess miteinbeziehen.

Mir ist noch mal wichtig, die letzte Legitimation, die haben Sie hier im Gemeinderat, und wir sollten immer drauf bestehen, dass wir am Ende hier auch die Verantwortung tragen. Es sind nicht alle von Ihnen mit 17.000 Stimmen Fraktion geworden oder hier reingekommen. Insofern sind 17.000 Stimmen viel, aber das, was hier hinter dem Gemeinderat steht, auch als kommunalpolitischer Prozess, ist noch mal deutlich mehr. Deswegen müssen wir hier einen Weg finden, auch teilweise sehr spontane Initiativen aus der Bevölkerung in unsere Beratungsabfolgen partizipativ miteinzubeziehen. Wir sollten aber in eigenem Interesse, und das ist aber heute nicht passiert, da bin ich sehr dankbar, nicht den Eindruck erwecken, als wenn das jetzt für uns automatisch schon sozusagen die Stimme der Gesamtbevölkerung ist. Die Stimme der Gesamtbevölkerung stellen Sie hier am Ende fest oder sie wird in einem Bürgerentscheid festgestellt, aber das ist zumindest mit diesem

Aufschlag heute hier aus unserer Sicht eben nicht zulässig möglich. Jetzt gibt es eine Reihe von Wortmeldungen.

Stadtrat Høyem (FDP): Nur zwei Bemerkungen, die eine ist, 17.000 Unterschriften haben nichts mit 17.000 Stimmen zu tun. Stimmen ist ein Wahlprozess über viele, viele Themen. Eine Unterschrift ist ein Thema, losgerissen von allem anderen. Das war die eine, die andere ist, ich wollte gerne früher gewusst haben, dass Sie mit den Verantwortlichen von diesen Unterzeichnungen gesprochen, und dass Sie uns jetzt vorschlagen, das zu vertagen, überrascht mich.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Herr Oberbürgermeister, ich hatte mich ja vor dem Herrn Høyem gemeldet, genau aus dem Grund. Ich finde es unerträglich, dass Sie uns in eine Debatte gehen lassen und dann als Reaktion auf das, was die GRÜNEN sagen, uns allen offenbaren, dass Sie sich mit den Initiatoren abgesprochen haben über eine Vertagung, über eine Änderung der Tagesordnung. Also das finde ich unerträglich. Bitte erklären Sie, wie das geht, dass Sie uns das nicht vorher gesagt haben oder dass Sie überhaupt solche Absprachen treffen.

Der Vorsitzende: Nein, ich habe nicht gesagt, dass ich Ihnen das heute..., ich kann gar nicht den Antrag stellen. Die GRÜNEN haben hier quasi den Antrag gestellt, dass sie 2 und 3 vertagen werden, und dazu muss ich eine Meinung haben. Ich habe im Hauptausschuss schon gesagt, dass mir persönlich unklar ist, ob wir damit nicht das völlig falsche Signal setzen und dass ich mir gut durchaus vorstellen kann, das vorher zu klären, das falsche Signal, dass wir sogar das heute nicht besprechen und beschließen, was in der Vorlage schon ja als sozusagen Akzeptanz drin ist. Nachdem die GRÜNEN jetzt im Grunde den Antrag gestellt haben, 2 und 3 zu vertagen, so habe ich den Herrn Stadtrat Löffler verstanden, müssen Sie meine Meinung dazu erfahren können, weil dazu gibt es ja keine Stellungnahme, und da muss ich darauf hinweisen, dass meine Bedenken aus dem Hauptausschuss, das habe ich ja da schon gesagt, dass ich für mich persönlich meine Bedenken ausgeräumt habe, nachdem ich mit dem Herrn Reichert gesprochen habe. Ich bin jetzt nicht mehr Herr der Tagesordnung an der Stelle. Wenn Sie diesen Antrag auf Vertagung ablehnen, dann geht das hier so weiter. Wenn Sie ihn annehmen, dann ist es vertagt. Ich kann diesen Vertagungsantrag nicht mehr stellen. Das hätte ich zu Beginn der Debatte machen müssen oder vor Beginn der Debatte. Insofern haben Sie das, glaube ich, jetzt an der Stelle falsch wahrgenommen, aber Sie sollen meine Meinung dazu wissen. Ich muss mich um einen größtmöglichen Konsens bemühen. Das ist nun mal ein Stück weit mein Job hier, auch wenn es vielleicht nicht immer allen nachvollziehbar ist, okay.

Ich stelle jetzt zur Abstimmung die Ziffer 1 und bitte um Ihr entsprechendes Votum ab jetzt. – Das ist eine breite Akzeptanz der Unzulässigkeitsfeststellung durch den Juristischen Dienst.

Jetzt kommen wir zu den Ziffern 2 und 3. Da gibt es einen Vertagungsantrag der GRÜNEN. Ich würde bitten, dass wir bis November dann Zeit bekommen würden, das dann auch entsprechend aufzunehmen. Da würden sich dann auch die Änderungsanträge dranhängen, die sich auf die Ziffern 2 und 3 beziehen. Ich bitte Sie jetzt, über diesen Vertagungsantrag abzustimmen und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Damit ist der Vertagungsantrag mehrheitlich angenommen, und Sie bekommen spätestens im November eine neue Vorlage, die genau diese Dinge noch mal beschreibt, die ich jetzt

angekündigt habe. Sie kriegen damit nicht aus der Hand genommen, dass Sie am Ende entscheiden, was wir umsetzen und was wir nicht umsetzen.

Gut, jetzt müssen wir mal klären, was mit dem Herrn Jooß los ist. Haben Sie beides gedrückt? Also Sie geben bitte zu Protokoll, was Sie abstimmen wollten, aber unabhängig davon haben wir eine Mehrheit für die Vertagung.

Ich unterbreche die Sitzung für 20 Minuten und jeder stärkt sich noch mal, und dann geht es hier weiter.

(Unterbrechung der Sitzung von 16:52 Uhr bis 17:25 Uhr)

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
5. Oktober 2023